

„Zur Bedeutung von Referenden im europäischen Integrationsprozess“: **cege**-Symposium am 8. Mai

Mit dem irischen „Nein“ zum Vertrag von Lissabon (EU-Reformvertrag) im Juni 2008 ist – nach dem Scheitern des europäischen Verfassungsvertrags durch die Referenden in Frankreich und den Niederlanden im Jahr 2005 – der europäische Integrationsprozess erneut ins Stocken geraten. Volksabstimmungen zu europäischen Belangen mit negativem Ausgang hat es auch schon in der Vergangenheit gegeben. Bei Referenden, die im Zuge einer Beitrittsentscheidung – sei es zur EG/EU oder zur Europäischen Währungsunion – stattfinden, wirkt sich ein negativer Ausgang vorrangig nur auf die politische Situation des jeweiligen Landes aus. Bei Volksabstimmungen, die für die Ratifizierung von EU-Verträgen notwendig sind, ist ein solches Ergebnis dagegen für die gesamte Gemeinschaft von einschneidender Bedeutung.

Die Gründe für ein solches „Nein“ können vielfältiger Art sein: Einerseits können innerstaatliche Probleme zur „Abstrafung“ der pro-europäischen politischen Führungskräfte führen. Andererseits können die Bürger aber auch durch ihre Politiker EU-kritisch beeinflusst sein, damit das Land über dieses Veto Zugeständnisse der Partnerländer erzwingen kann. Oder spricht das wiederholte Scheitern von Volksabstimmungen dafür, dass dies auch etwas mit der EU selbst zu tun hat? Hat die Brüsseler Politik den Kontakt zu den EU-Bürgern verloren? Helfen daher gerade Referenden, das viel beklagte Demokratiedefizit in der EU zu beheben? Sollte vielleicht sogar bei weit reichenden, insb. auch die nationalen Verfassungen tangierenden Entscheidungen ein EU-weites Referendum eingeführt

werden, um „Volkes Stimme“ mehr Gewicht zu verleihen? Oder sind wir zwar Europäer, aber doch noch kein europäisches Volk? Wie wäre es zu beurteilen, wenn in einer gesamteuropäischen Volksabstimmung mehrheitlich für einen Vertrag gestimmt würde, die deutschen Bürger aber mehrheitlich dagegen gestimmt hätten? Wie ist andernfalls vorzugehen, wenn die Bevölkerung eines kleinen Landes mit seinem

„Nein“ die Weiterentwicklung des gesamten EU-Integrationsprozesses in Frage stellt? Hat die Ablehnung des Verfassungsentwurfs und das derzeitige Stocken des Ratifizierungsprozesses der EU in ihrem Vertiefungsprozess geschadet oder vielleicht doch „auf den richtigen Weg“ gebracht? Welche Anreize setzen Volksabstimmungen letztlich für das Verhalten der (EU-) Politiker?

Eine Beantwortung dieser Fragen bedarf eines interdisziplinären Rahmens. Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen und des zu erwartenden zweiten irischen Referendums zum Vertrag von Lissabon wird das **cege** daher am **8. Mai** ein Symposium mit Wissenschaftlern aus den

Bereichen Ökonomie, Rechtswissenschaften und Politikwissenschaften durchführen (siehe Kasten). Ziel ist es, die gegensätzlichen Positionen zur Beurteilung der Rolle von Referenden im europäischen Integrationsprozess interdisziplinär zu diskutieren. **Interessierte Zuhörer und Diskussionsteilnehmer sind herzlich dazu eingeladen.** Das vollständige Programm und weitere Informationen finden Sie auf der **cege**-homepage.

Prof. Dr. Renate Ohr, **cege**

Themen und Referenten

Christian Calliess, Berlin – „Die EU auf der Suche nach dem verlorenen Bürger – Referenden als Lösung?“

Lars Feld, Heidelberg – „Weg und Wille zu mehr direkter Demokratie in Deutschland und in Europa“

Michael Heinig, Göttingen – „Sind Referenden eine Antwort auf das Demokratiedilemma der EU?“

Sven Hölscheidt, Berlin – „Referenden in Deutschland und Europa“

Simon Hug, Genf – „Multilaterale Verhandlungen und Referenden in der Europäischen Union“

Thomas König, Mannheim – „Abstimmung per Plebiszit und im Parlament. Eine vergleichende Analyse der Ratifikationsprozesse zur Europäischen Vertragsreform“

Friedrich Schneider, Linz – „Ist eine europäische Verfassung für ein reibungsloses Funktionieren einer EU mit 27 Mitgliedern notwendig?“

Roland Vaubel, Mannheim – „Weshalb Referenden in bestimmten Politikbereichen – auch in der Europapolitik – möglich sein sollten“

Uwe Wagschal, Heidelberg – „Direkte Demokratie – Motor oder Bremse der europäischen Integration?“

Termin: 8. Mai 2009, 9.00 – 17.30

Ort: Niedersächs. Staats- und Universitätsbibliothek (SUB), Großer Seminarraum (I. Stock), Platz der Göttinger Sieben 1

cege -Symposium am 8. Mai	S. 1
Zur Diskussion: China und der internationale Schutz des geistigen Eigentums.	S. 2
Zur Diskussion: Verwirrung bei globalen Armutsdaten.....	S. 3
cege -Aktuell	S. 4

China und der internationale Schutz des geistigen Eigentums



Prof. Dr. Peter-Tobias Stoll

Ein Streitschlichtungspanel der WTO hat auf Antrag der USA am 26. Januar festgestellt, dass die Volksrepublik China in mehreren Punkten gegen die Regeln über das geistige Eigentums verstößt (WTO Doc. WT/DS362/R). Die Entscheidung zeigt, wie weit der internationale Schutz des geistigen Eigentums sich entwickelt hat und gibt Anlass, über seine weitere Entwicklung nachzudenken.

Das WTO-Verfahren gegen China lässt sich insgesamt als Erfolgsgeschichte verstehen. Das ist schon deswegen der Fall, weil es noch vor zehn Jahren kaum vorstellbar gewesen wäre, dass sich China in Fragen des geistigen Eigentums dem Urteil einer internationalen Gerichtsstanz stellt. Auch in der Sache bestätigt sich dieser Eindruck. Das Verfahren hat zwar wohl kaum alle Kritikpunkte erschöpfend behandelt. Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass weitere Verfahren folgen. Aber die Entscheidung zeigt exemplarisch, dass es dabei nicht mehr um die Grundsätze des Schutzes geistigen Eigentums, sondern schon um Details geht.

In dem Verfahren ging es nämlich erstens um Einzelheiten der Berechnung von Umsatz und Gewinn in der strafrechtlichen Verfolgung der Marken- und Urheberrechtsspiraterie und zweitens um die Frage, ob vom Zoll beschlagnahmte Produkte zwingend zerstört werden müssen oder an Wohltätigkeitsorganisationen weitergegeben bzw. an den geprellten Rechtsinhaber verkauft werden können. Bemerkenswerterweise ging es schließlich drittens darum, dass nach chinesischem Recht der Urheberrechtsschutz entfällt, wenn die Veröffentlichung oder Verbreitung eines Werkes von der Zensur verboten worden ist. Ganz abgesehen von den grundsätzlichen Fragen, die sich hier stellen, ist der Sinn der Regelung zweifelhaft, weil damit solche Werke gemeinfrei werden.

Die Entwicklungen in China sind Teil einer weltweiten Tendenz zur Vereinheitlichung und Verstärkung des Schutzes geistigen Eigentums. Letzterer war zu Zeiten des Nord-Süd-Konflikts heftig umstritten und entsprach seit Jahren kaum mehr den gewachsenen Anforderungen einer globalen Wissensgesellschaft. Diese Blockade konnte mit der Integration des Themas in das internationale Handelssystem mit der Gründung der WTO im Jahre 1995 und den damit gegebenen Möglichkeiten einer Kompensation, insbesondere beim Marktzugang, überwunden werden. Allerdings darf man auch die Schattenseiten dieser Entwicklung nicht übersehen. Die Regeln der WTO orientieren sich an dem Schutzniveau von Industrieländern und fordern in vielen Entwicklungsländern einen trotz langer Übergangsfristen tief greifenden Strukturwandel. Auch die politische Verbindung zwischen dem geistigen Eigentum und Handelsfragen ist nicht in allen

Zeiten ein Gewinn. Die Krise der Doha-Runde der WTO und besonders der Verhandlungen zum Agrarhandel blockiert auch Fortschritte im Bereich des geistigen Eigentums, weil alle Verhandlungsbereiche zusammen verhandelt und abgeschlossen werden müssen.

Mit dem starken weltweiten Schutz geistigen Eigentums in Form von Patenten und Urheberrechten stellen sich neue Fragen. Die nunmehr so wirksam geschützten technischen Innovationen und immateriellen Güter machen sich oft ungefragt Leistungen in der Pflanzen- und Tierzucht, traditionelles medizinisches Wissen und Kulturgut zunutze. Zum Beispiel mögen neuerdings wieder gefragte Eigenschaften einer Kulturpflanze sich in der traditionellen Landwirtschaft erhalten haben. Pharmazeutische Entwicklungen gehen oft von überlieferten Hausgebräuchen aus. Schließlich benutzt die Kulturindustrie nicht selten Melodien, Themen und Motive aus der traditionellen Kultur. Deswegen werden Rechte von Bauern und traditionellen und lokalen Gemeinschaften an ihren Leistungen in verschiedenen internationalen Foren, insbesondere aber in der Weltorganisation für geistiges Eigentum, eingefordert.

Allerdings ist fraglich, ob es sinnvoll ist – aus Gründen der Gerechtigkeit – immer weitere Schutzrechte einzuführen. Am Ende könnte durch diese Entwicklung, aber auch durch die hohen internationalen Schutzstandards, etwas in Gefahr geraten, was für Wissenschaft, Technologie und Kultur ebenso wichtig ist: der Schutz eines von Aneignung freien Raums der Schaffung und Nutzung von Wissen und Kultur zum Wohle der Gesellschaft und als Quelle gerade auch der weiteren kommerziellen Entwicklung. Es ist bezeichnend, dass der althergebrachte und treffende Begriff für diesen Bereich, die „domain public“ ebenso in Vergessenheit geraten zu sein scheint wie die Tatsache, dass es einst als eine wichtige Aufgabe des Rechtes des geistigen Eigentums galt, diesen Bereich zu definieren und zu schützen. Für die Herstellung von Gerechtigkeit in den angeführten Fällen müssen deshalb auch andere Formen der Anerkennung, Beteiligung und Zusammenarbeit erwogen werden.

Aus dieser Perspektive erscheint die Entscheidung der WTO gegen China in einem anderen Licht: Es zeigt sich, dass die weitere Entwicklung dieses Rechtsbereiches auf historisch beispiellosem Niveau nicht allein von der Beseitigung von Defiziten abhängt, wie sie in der Entscheidung namhaft gemacht werden. Neben einer solchen Perfektionierung ist dringend eine Verständigung auch über den gesellschaftlichen Nutzen und die Grenzen des geistigen Eigentums auf internationaler Ebene erforderlich, um seine Akzeptanz und Stabilität zu gewährleisten.

Prof. Dr. Peter-Tobias Stoll, leitet als Direktor die Abteilung für Internationales Wirtschaftsrecht und Umweltrecht am Institut für Völkerrecht und Europarecht und ist zugleich Direktor des Deutsch-Chinesischen Instituts für Rechtswissenschaft der Universitäten Göttingen und Nanking sowie Mitglied des cege

Verwirrung bei globalen Armutsdaten

Im Jahre 2000 beschloss die Weltgemeinschaft auf dem Millenniumsgipfel die so genannten Millenniumsziele. Das erste Ziel besagt, absolute Armut, ausgehend von 1990, bis zum Jahre 2015 zu halbieren. Der verwendete Indikator ist der Prozentsatz der Bevölkerung, der pro Kopf und Tag weniger als 1 \$ (genauer: 1,08 \$) zur Verfügung hat. Im Jahre 1990 betraf das ca. 29 % der Bevölkerung der Entwicklungsländer bzw. 1,25 Mrd. Menschen. Bis zum Jahre 2005 sank die Rate auf ca. 17 % bzw. 930 Millionen Menschen; damit erscheint die Erreichung des ersten Millenniumsziels bis 2015 weiterhin realistisch. Im August letzten Jahres wurden plötzlich neue Ergebnisse von der Weltbank präsentiert: Tatsächlich lag im Jahre 2005 die Rate der absolut armen bei ca. 26 % bzw. 1,4 Mrd. Menschen. Wie sind diese neuen Zahlen zu erklären?

Die Erklärung der Weltbank ist wie folgt: Bei der Umrechnung der internationalen Armutslinie in nationale Währungen benutzt man kaufkraftadjustierte Wechselkurse (PPP Wechselkurse), um sicherzustellen, dass die Kaufkraft der Armutslinie in allen Ländern gleich ist. Diese PPP Wechselkurse basieren auf Preisvergleichen einer großen Anzahl von Gütern zwischen allen Ländern der Welt. Die globalen Armutszahlen, die bis letztes Jahr galten, beruhten auf internationalen Preisvergleichen, die im Jahre 1993 durchgeführt wurden. Im Jahre 2005 wurde eine neue Preisvergleichsrunde (ICP) durchgeführt, die diesmal mehr Länder und genauere Methoden verwendete. Die Ergebnisse dieser 2005 ICP waren überraschend. Da festgestellt wurde, dass das Preisniveau in China, Indien und vielen afrikanischen Ländern deutlich höher ist als vorher angenommen, ist auch die Kaufkraft der Einkommen in diesen Ländern deutlich geringer und das PPP-adjustierte BIP dementsprechend kleiner. China ist hier ein Extremfall: Das kaufkraftadjustierte BIP ist dort nun 40 % (!) kleiner als zuvor angenommen.

Für die Berechnung der Armutsraten haben diese Änderungen ebenso dramatische Konsequenzen. Anstatt die internationale Armutslinie von 1,08 \$ zu aktualisieren (was konzeptionell in der Tat ein schwieriges Unterfangen wäre) entschloss sich die Weltbank, eine neue absolute Armutslinie zu generieren, die auf dem Preisvergleich von 2005 beruht und damit natürlich auch das Preisniveau von 2005 berücksichtigt. Die neue Armutslinie ist 1,25 \$ pro Kopf und Tag in Preisen von 2005 (statt 1,08 \$ in Preisen von 1993). Zugleich benutzt man die Ergebnisse der ICP von 2005, um die Armut seit 1990 neu zu berechnen.

Wenn berücksichtigt wird, dass das gemessene Preisniveau in vielen Entwicklungsländern in der ICP von 2005 deutlich höher ausfällt, können jetzt die Ergebnisse der Weltbank vom letzten Jahr auch nachvollzogen werden. Die gemessene Armut ist zwar im Jahre 2005 viel höher, war aber im Jahre 1990 auch viel höher. Von daher hat sich wenig am Trend der schnellen Armutsreduktion in Entwicklungsländern geändert.

Aber was ist von dieser kompletten Überarbeitung der globalen Armutszahlen zu halten? Sie erscheint in mehrerer Hinsicht problematisch, wie in einer jüngsten Analyse im Rahmen unseres DFG-Projektes „Absolute Armut und

Globale Gerechtigkeit' festgestellt wurde. Erstens, selbst wenn man annimmt, dass der Preisvergleich von 2005 besser als alle vorherigen ist, heißt das nicht, dass er auch einen besseren internationalen Preisvergleich für das Jahr 1990 darstellt. Dazwischen hat sich die Struktur der globalen Produktion und des Konsums dramatisch geändert, wodurch auch die relative Entwicklung

der Preisniveaus in der Welt beeinflusst wurde. Zweitens kann es gut sein, dass das ICP von 2005 das Preisniveau überschätzt hat, vor allem in China und Indien. Dies hängt damit zusammen, dass man in dieser Runde besonders darauf achtete, dass die verglichenen Güter so ähnlich wie möglich (am besten identisch) sind. Dies führt aber dazu, dass die Güter nicht mehr repräsentativ für das Konsumverhalten in ärmeren Ländern sind. So werden die meisten Menschen in ärmeren Ländern keine international vergleichbaren Markenprodukte konsumieren (allenfalls eine international orientierte Elite), sondern sie werden stattdessen lokal produzierte Substitute kaufen, die deutlich billiger sind. Von daher ist das hohe gemessene Preisniveau für sie nicht relevant, ihre Kaufkraft damit höher und die Armut dementsprechend geringer. Drittens beeinflussen Annahmen über die Produktivität des öffentlichen Sektors diese Preisvergleiche; auch hier wurden 2005 Änderungen vorgenommen, die u.U. zu einer Überschätzung des Preisniveaus geführt haben. Darüber hinaus gibt es auch einfache Plausibilitätsprobleme bei den neuen Ergebnissen. Rechnet man in das Jahr 1980 zurück, so hätten in China im Jahre 1981 84 % in absoluter Armut gelebt und viele davon auf einem Einkommensniveau, das eigentlich nicht zum Überleben gereicht hätte. Von daher ist es unklar, ob nicht auch bei den Ergebnissen der ICP von 2005 Probleme vorliegen, die sowohl die Preisvergleiche für 2005 verzerren als auch den Rückschluss auf Preisvergleiche im Jahre 1990 beeinflussen.

Es kann somit festgestellt werden, dass die regelmäßige Neuberechnung der globalen Armut basierend auf den jeweils gültigen Preisvergleichen mit erheblichen konzeptionellen und praktischen Problemen behaftet ist. Eine mögliche Alternative wäre, statt eine internationale Armutslinie zu definieren, die jeweils von der ICP abhängt, eine konsistente Methodik für die Entwicklung einer nationalen Armutslinie zu entwerfen. Ähnlich wie bei den internationalen Standards für die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung gilt es, diese dann in einem international koordinierten Prozess umzusetzen. Es existieren auch bereits konkrete Vorschläge, wobei natürlich auch hier einige konzeptionelle und praktische Probleme zu lösen wären. Gelingt dies nicht, werden wir im Jahre 2012, wenn die Ergebnisse der neuen ICP des Jahres 2011 veröffentlicht werden, uns erneut fragen müssen, wie hoch denn die absolute Armut in der Welt tatsächlich ist.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D., *cege*



Prof. Stephan Klasen, Ph.D.

cege-Forschungskolloquium im Sommersemester 2009

16. April 2009 – Kirsten Lommatzsch (Deutsche Bundesbank): „Determinanten des Inflationsprozesses in den neuen Mitgliedsländern der EU“

23. April 2009 – Dr. Nikolaus Wolf (University of Warwick): „Endogenous Borders? Exploring a Natural Experiment on Border Effects“

7. Mai 2009 – Prof. Dr. Evelyn Korn (Philipps-Universität Marburg): „The Economics of Discrimination Revisted“

14. Mai 2009 – Prof. Jeffrey Williamson, Ph.D. (University of Wisconsin): „Trade and Poverty: When the Third World fell behind“ **Veranstaltung in Kooperation mit dem Ibero-Amerika Institut für Wirtschaftsforschung**

Weitere Referenten im Sommersemester 2009 sind **Prof. Dr. Marc Willinger** (Université de Montpellier I) am 29. Mai 2009, **Prof. Dr. Bruno S. Frey** (Universität Zürich) am 25. Juni 2009 sowie **Prof. Dr. Frans van Winden** (University of Amsterdam) am 9. Juli 2009.

Das Programm des **cege-Forschungskolloquiums** ist demnächst auf der **cege-Homepage** abrufbar.

Aktuelle Publikationen in referierten Journals

- **Geishecker, I./Görg, H./Taglioni, D.** (2008), Characterizing Euro Area Multinationals, in: The World Economy 32, (1).
- **Kotsogiannis, C./Schwager, R.** (2008), Accountability and Fiscal Equalization, in: Journal of Public Economics 92.
- **Dreher, A./Sturm, J.-E./de Haan, J.** (2008), Does High Inflation Cause Central Bankers to Lose Their Job? Evidence Based on a New Data Set, in: European Journal of Political Economy 24, (4).
- **Dreher, A./Thiele, R./Nunnenkamp, P.** (2008), Does US Aid Buy UN General Assembly Votes? A Disaggregated Analysis, in: Public Choice 136, (1).
- **Dreher, A./Thiele, R./Nunnenkamp, P.** (2008), Does Aid for Education Educate Children? Evidence from Panel Data, in: World Bank Economic Review 22, (2).
- **Dreher, A./Marchesi, S./Vreeland, J.** (2008), The Political Economy of IMF Forecasts, in: Public Choice 137
- **Dreher, A./Sturm, J.-E./Vreeland, J.** (2009), Development Aid and International Politics: Does Membership on the UN Security Council Influence World Bank Decisions?, in: Journal of Development Economics 88.

cege-Diskussionspapiere

Auf der **cege-Homepage** stehen die **cege-Diskussionspapiere** als Download zur Verfügung. Aktuellstes Papier:

- Beitrag 78: **Blonski, Matthias/von Lilienfeld-Toal, Ulf:** „Excess Returns and the Distinguished Player Paradoxon.“

Vortrag am cege: Geht die Entwicklungshilfe wirklich an die Ärmsten?

Im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung des **cege** und des Ibero-Amerika Instituts sprach Peter Nunnenkamp, Institut für Weltwirtschaft Kiel, Mitte Dezember vergangenen Jahres zum Thema: „Was verhindert eine zielgerichtete Verteilung von Entwicklungshilfe?“



Dr. Peter Nunnenkamp

Nunnenkamp stellte empirische Analysen zur Vergabep Praxis staatlicher und privater Entwicklungshilfe sowie von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) vor. Er betonte die Ambivalenz zwischen Altruismus und Eigennutz bei den staatlichen Gebern sowie die Grenzen privatwirtschaftlicher Philanthropie und wandte sich dann schwerpunktmäßig den NGOs zu, die eben nicht zwangsläufig die „besseren Geber“ seien. NGOs seien wenig geneigt, sich vor allem in „schwierigen“ Ländern zu engagieren, nur weil staatliche Geber sich dort für unzuständig erklärten. NGOs müssten ihre Finanzierung sichern, mit der Konsequenz, dass sie sichtbare Erfolge brauchten und oft dorthin gingen, wo auch andere NGOs schon sind. Aus diesem Grund engagierten sich auch NGOs eben nicht unbedingt in den ärmsten und politisch instabilsten Ländern. Zudem orientierten sich große NGOs zu meist an dem Land, in dem sie angesiedelt sind und vergäben einen Großteil ihrer Mittel in jene Entwicklungsländer, in denen bereits andere NGOs und/oder Staaten als Geber aktiv sind.

Nunnenkamp kam zum Ergebnis, dass die Wirksamkeit sowohl der staatlichen Entwicklungshilfe als auch der von NGOs somit nicht nur durch ihr (geringes) Volumen und die „Verschwendung“ der Empfängerländer reduziert werde, sondern auch durch Fehlallokation durch die Geber. Gerade auch die NGOs könnten ihren (überhöhten) Ansprüchen oft nicht gerecht werden, da sie ihre eigenen Finanzierungsrestriktionen berücksichtigen müssten.

11. Göttinger Workshop „Internationale Wirtschaftsbeziehungen“

Vom **12. – 14. März 2009** findet der 11. Göttinger Workshop „Internationale Wirtschaftsbeziehungen“ statt. Die dreitägige Veranstaltung – in diesem Jahr mit ca. 60 Referenten – ist mittlerweile zu einer Institution bei jungen Wirtschaftswissenschaftlern geworden. Das **vorläufige Programm** finden Sie auf der **cege-homepage**.

cege-Schriftenreihe

In der Schriftenreihe des **cege** ist Band 16 erschienen: **Mareike Köller** (2009): „Ausländische Direktinvestitionen und regionale Integration – das Beispiel Irland“, Frankfurt / Main.

Impressum

Herausgeber: Centrum für Europa-, Governance- und Entwicklungsforschung (**cege**), Georg-August-Universität Göttingen, Platz der Göttinger Sieben 3, 37073 Göttingen, **E-Mail:** cege@uni-goettingen.de, **Tel.** 0551 / 39 70 91, **Fax** 0551 / 39 70 93, **Internet:** <http://www.cege.uni-goettingen.de>, **Geschäftsführende Direktorin:** Prof. Dr. Renate Ohr, **Redaktion / Layout:** Prof. Dr. Renate Ohr, Susanne Lechner, **Druck:** GWDG, Göttingen